

KORRUPTES KENIA POLITIKER TREIBEN DAS LAND IN DEN HUNGER

Nr. 6/März 2009

Überblick

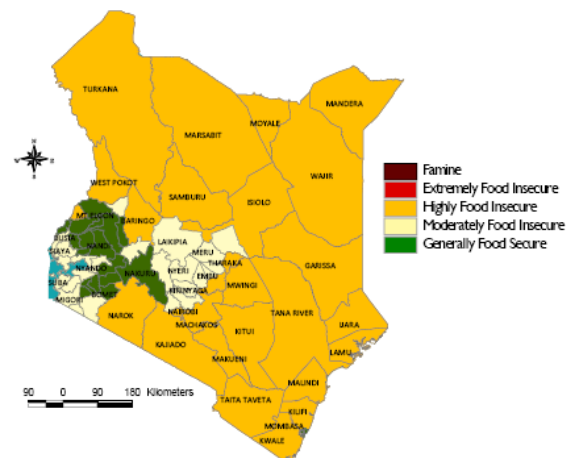
Wassermangel ist nicht der einzige Grund für die Hungersnot

Kaum hat sich Kenia von den Folgen der letzten Dürre im Jahr 2006 ansatzweise erholt, droht schon die nächste Katastrophe. In den vergangenen beiden Jahren ist nur unzureichend Regen in den ländlichen Tieflandregionen gefallen. Die letzte Regenzeit blieb sogar ganz aus. Verheerende Konsequenz sind erhebliche Einbußen bei der Ernte, die Übernutzung von Weideland und eine mangelnde Trinkwasserversorgung der Bevölkerung. Zunehmend entstehen auch Konflikte um die knappen Wasservorräte.

Wie bei den meisten Katastrophen sind auch in Kenia die Ursachen der Katastrophe komplex. Es ist durchaus denkbar, dass der Klimawandel eine entscheidende Rolle bei den immer häufiger auftretenden Dürren spielt. Doch zu den natürlichen Ursachen kommen auch politische, ökonomische und soziale Faktoren. Eine komplexe Mischung aus Korruption, den Folgen der politischen Krise und den Ausschreitungen nach den letzten Wahlen sowie dem immer noch vergleichsweise hohen Niveau der Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt verhindern die effektive Bewältigung der Dürre. Diese Tatsache macht vor allem eins deutlich: Für eine nachhaltige Katastrophenvorsorge in Kenia ist es notwendig auf allen Ebenen anzusetzen: Es muss in nachhaltige ländliche Entwicklung investiert werden, um die Folgen des Klimawandels abzufedern. Kenia muss aber auch die Korruption seiner Politiker in den Griff bekommen und die bereits vorhandenenguten Ansätze ihrer Entwicklungspolitik –wie die „DRAFT ASAL Development Policy“ - konsequent durchführen. Bevor dies der Fall ist, sollten Geber ihre Unterstützung für das Land verstärkt über zivilgesellschaftliche Organisationen abwickeln.

Schon seit Jahren hat es in Kenia nicht mehr ausreichend geregnet. In den meisten Regionen müssen die Bauern daher mit einem weitgehenden Ausfall der Ernte rechnen. Das Defizit ist auf den Märkten der ländlichen Regionen inzwischen spürbar und wird voraussichtlich zwischen Mai und August einen Höhepunkt erreichen. Beinahe 10 Millionen Menschen in Kenia – mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung verfügen derzeit nicht über ausreichend Nahrungsmittel (vgl. Fig. 1). Die meisten dieser Familien müssen mit einer einzigen Mahlzeit am Tag auskommen. Fast immer führt dies zu ernsthafter Mangelernährung, denn die Mahlzeiten bestehen in der Regel lediglich aus Maisbrei. Während im Westen des Landes später in diesem Jahr noch geerntet werden kann, ist die nächste größere Ernte im Osten erst wieder für Februar 2010 zu erwarten. Das ist zu wenig für das Land.

Fig. 1: Nahrungsmittelsicherheit im Januar



Quelle: ALRMP und KFSSG

Die kenianische Regierung rechnet mit einem Getreide-defizit von 190.000 Tonnen am Ende des Marktjahres. Damit kommt auf weite Teile des Landes eine mindestens zwölfmonatige humanitäre Krise zu: Für Kenia ist diese Situation höchst ungewöhnlich, denn normalerweise verfügt das Land über ausreichend Nahrungsmittel für alle. Die meisten Hungerkatastrophen des Landes entstanden bislang dadurch, dass die Nahrungsmittel nicht in den betroffenen Regionen ankamen.

Aufgrund des Klimawandels ist davon auszugehen, dass sich der Wassermangel in Kenia in den kommenden Jahren noch verstärken wird. Laut der „Emergency Disasters Databank“ (EmDat) ist die Anzahl der Naturkatastrophen seit den siebziger Jahren weltweit stetig gestiegen. Wurden 1974 noch etwas weniger als 100 Naturkatastrophen gemessen (EmDat 2004), so waren es im Jahr 2007 schon weit über 400 (EmDat 2008). Die Zahl der Todesfälle, die direkt im Zusammenhang mit diesen Katastrophen stehen, nimmt zwar ab. Immer mehr Menschen sind aber durch Dürren, Stürme oder Hochwasser in ihrer Existenz bedroht: Durchschnittlich waren zwischen 2000 und 2004 jährlich 262 Millionen Menschen von Naturkatastrophen betroffen – etwa doppelt so viele wie in der ersten Hälfte der 1980er Jahre (UNDP 2008).

Die auch weiterhin prognostizierte Zunahme von Dürreperioden in bereits heute trockenen Regionen und die höhere Hochwassergefahr in Feuchtgebieten (IPCC 2007) werden das Hungerkatastrophenrisiko in vielen Entwicklungsländern verstärken. Bis 2020 könnten in einigen Ländern Afrikas die Ernteerträge aus dem Regenfeldbau aufgrund des Klimawandels um 50 Prozent zurückgehen (IPCC 2007). Rund 90 % der Landwirtschaft erfolgt in Afrika im Regenfeldbau. In nur elf Jahren könnte sich durch den Klimawandel das Niederschlagsverhalten derart ändern, dass die ohnehin bereits heute prekäre Ernährungssituation in Afrika südlich der Sahara sich zu einer Dauerkatastrophe entwickeln könnte.

Ursachen sind komplex

Wie bei vielen Krisen sind auch in Kenia die Ursachen der Hungersnot aber komplex. Die ausgefallenen Regenzeiten und die geringe Ernte sind nur teilweise für die Hungersnot in Kenia verantwortlich. Sie lässt sich daher nicht ausschließlich auf klimatische Faktoren zurückführen. Vielmehr liegt der Krise ein explosiver Cocktail aus politischen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren zugrunde. Mit den entsprechenden Instrumenten ließen sich die schlimmsten Folgen der Dürre durchaus politisch bewältigen.

Die kenianische Regierung ist dazu allerdings derzeit kaum in der Lage. Das Land leidet nach wie vor unter den Nachwirkungen der blutigen Auseinandersetzungen in Folge der letzten Wahl. Der Konflikt zwischen den Kalenjin und den Kikuyu, der seit Beginn der neunziger Jahren schwelt und in den Ausschreitungen nach der strittigen Wahl seinen Höhepunkt fand, ist noch lange nicht gelöst und macht das Land zu einem Pulverfass.

Die Wurzeln des Konfliktes reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Wie in fast allen afrikanischen Staaten fasste die britische Kolonialmacht heterogene Regionen und Bevölkerungsgruppen in einen Territorialstaat zusammen. Indem sie diese Regionen jedoch nur teilweise integrierte verstärkte sie ihre Heterogenität. Politik und Wirtschaftsstruktur des unabhängigen Kenia waren von Anfang an durch ethnische Disparitäten geprägt, die zum Teil von Politikern verstärkt und instrumentalisiert wurden. Schon in den 60er Jahren kam es zu schwerwiegenden Konkurrenzen zwischen den größeren ethnischen Gruppen, den Kikuyu, Kalenjin und Luo. Aufgrund ihrer Nähe zum politischen Zentrum des Landes, aber auch aufgrund ihrer wichtigen Rolle im kenianischen Unabhängigkeitskampf – der Mau Mau Aufstand, der die Unabhängigkeit vorbereitete, wurde von Kikuyu geführt – und aufgrund ihres hohen Bildungsgrades konnten die Kikuyu strategisch wichtige politische und ökonomische Positionen im Land besetzen. Ein jahrzehntelanges Gefühl der Benachteiligung unter den Kalenjin, das sich insbesondere aus der Siedlungspolitik der kenianischen Regierung im Rift Valley speiste, führte schließlich zu den Ausschreitungen nach der Wahl.

Die Wunden sitzen tief. Mehr als 1.300 Menschen kamen bei den Pogromen nach der Wahl um. Über 500.000 Menschen wurden intern vertrieben. Die meisten von ihnen stammten aus der Rift Valley Region. Viele sind bei Verwandten untergekommen, deren Haushalte durch die zusätzlichen Esser extrem belastet werden. Von den ursprünglich über 500.000 intern Vertriebenen leben noch immer rund 150.000 in so genannten Übergangslagern. Die Rückführung der Vertriebenen verläuft nur schleppend. Aufgrund des fluchtbedingten Ernteausfalls, des Verlustes ihres Viehs, der Auflösung von Geschäften, der Zerstörung ihrer Häuser wird es Jahre dauern, bis für die Flüchtlinge wieder eine ausreichende Ernährungssicherheit hergestellt sein wird.

Nahrungsmittelpreise immer noch hoch

Verschärft wird die Situation in Kenia durch die dauerhaft hohen Nahrungsmittelpreise. Während die Preise für Rinder und Ziegen mit dem sich rapide verschlechternden Zustand der Tiere in den Keller stürzen, steigen die Preise für Grundnahrungsmittel. Brachte der Verkauf einer Ziege vor einiger Zeit noch rund 3.000 Shilling (30 Euro) ein, so sind es jetzt nur noch fünf Euro. Eine Kuh, die bisher etwa 8.000 bis 12.000 Shilling kostete, ist nun nur noch rund die Hälfte Wert (50 Euro).

Im Gegensatz dazu sind die Preise für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs für viele Kenianer kaum noch erschwinglich. Denn obwohl die Nahrungsmittelpreise nach dem rasanten Anstieg im Jahr 2008 weltweit wieder sinken, sind die Preise für Mais in Kenia noch immer weit höher als vor dem Anstieg. Selbst die Tatsache, dass in der Kornkammer des Landes – Eldoret – und im Hauptabsatzmarkt Nairobi Ende 2008 eine

leichte Stabilisierung zu verspüren war, gibt keinerlei Anlass zur Hoffnung. In den jetzt von der Dürre betroffenen ländlichen Gebieten Ost- und Nordkenias steigen die Mais-Preise weiter, und das Angebot verknappt sich mangels Kaufkraft und Verfügbarkeit zusehends.

Fig. 2: Großmarktpreise für Mais in Nairobi



Quelle: Kenya Food Security Update Januar 2009

Korruption ist verantwortlich

Verantwortlich dafür ist unter anderem die hohe Korruption unter Kenias Politikern. Zwar hat die Regierung unter Präsident Kibaki auch einige Erfolge erzielt, darunter die Abschaffung der Primarschulgebühren und den Ausbau ländlicher Vermarktungsstrukturen. Im Bereich der Korruptionsbekämpfung hat die kenianische Regierung aber vollkommen versagt. Kenia steht im Korruptions-Index von Transparency International, der 159 Länder auflistet, an 144. Stelle. Die beiden Anti-Korruptionskommissionen – das Public Account Committee (PAC) des Parlaments unter Leitung von Uhuru Kenyatta und die Kenya Anti-Corruption Commission (KACC) – stehen der Korruption machtlos gegenüber. Grund dafür ist unter anderem, dass sie lediglich Ermittlungen gegen Korruptionsverdächtige durchführen können. Die Befugnis, auch Strafverfolgungen durchzuführen haben sie nicht.

Immer wieder wird das Land von Korruptionsskandalen erschüttert. Trotz des hohen Wirtschaftswachstums des Landes in den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Armen nicht substantiell verringert. Laut der kenianischen Regierung sank er zwischen 1997 und 2005/6 von rund 52 Prozent auf rund 46 Prozent. Andere Erhebungen, etwa der Weltbank oder der EU, gehen sogar davon aus, dass die Armut auf bis zu 60 Prozent gestiegen ist. Besonders in den Städten hat die soziale Ungleichheit noch zugenommen. Kenia befindet sich nach wie vor im „Besitz“ einiger weniger Familien, die meisten von ihnen südasiatischer Herkunft oder Kikuyu. Ihnen gehören die lukrativsten Wirtschaftsunternehmen, sie dominieren die Politik des Landes. Von den Reformen Kibakis haben sie am meisten profitiert.

Allein in den vergangenen Wochen berichteten Kenias Zeitungen über drei große Skandale: So verkaufte die halbstaatliche Pipelinegesellschaft Ölreserven. Von den 76 Millionen Euro, die der Deal erbracht haben soll, fehlt jede Spur. Auch die halbstaatliche Tourismusbe-

hörde ist in handfeste Skandale verwickelt. Unlängst zahlte sie an zwei private Unternehmen weit über vier Millionen Euro, ohne dafür eine nennenswerte Gegenleistung zu erhalten. Für besonderes Aufsehen sorgte aber der Mais-Skandal. Erst vor kurzem stellte sich heraus, dass ein Kartell aus Politikern und Unternehmern die Maisknappheit künstlich angeheizt hatte, um die Kosten des Nahrungsmittels in die Höhe zu treiben. Tausende Tonnen Mais wurden zurückgehalten und später zu Wucherpreisen, die sich kaum ein Kenianer leisten kann, verkauft. Darüber hinaus wurde Mais, trotz der angespannten Situation auf dem einheimischen Markt, tonnenweise in den Südsudan exportiert und pikanterweise an humanitäre Organisationen verkauft, die darum bemüht sind, ihren Bedarf auf lokalen Märkten zu stillen.

Lage wird sich verschlechtern

Die Welthungerhilfe geht davon aus, dass sich die Ernährungssituation in den kommenden Monaten noch zuspitzen wird. Die Menschen brauchen dringend Hilfe. Um die schlimmsten Folgen der Dürre zu lindern, hat die Welthungerhilfe Mittel für das so genannte „Water-Tankering“ zur Verfügung gestellt: Tankwägen bringen im Rahmen dieser Maßnahme Trinkwasser in die am stärksten von der Dürre betroffenen Regionen und sichern das Überleben der Bevölkerung. Doch diese Maßnahmen sind wortwörtlich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie können kurzfristig das Leid der Betroffenen lindern, doch an den strukturellen Ursachen ändern sie nichts. Zur Bewältigung der Not sind ganz andere Ansätze erforderlich. Generell sind mehr Investitionen in die Landwirtschaft in Kenia unerlässlich.

Angeichts der Lage hat die kenianische Regierung den Notstand ausgerufen und hofft auf rund 350 Millionen Euro von internationalen Gebern. Doch die bilaterale Hilfe in Form von Budgethilfe ist in einem Land wie Kenia nicht zielführend. Die derzeitigen Monitoring- und Evaluierungssysteme bei der Mittelvergabe sind derzeit noch unzureichend. Insgesamt fehlt ein verlässlicher Kontrollmechanismus. Besonders deutlich wurde das Fehlen dieser Kontrollen im Fall von Kenia als die EU-Kommission am 27. Dezember 2007, einen Tag nach den Wahlen in Kenia, 40,6 Millionen Euro Budgethilfe an den mutmaßlichen Wahlfälscher Kibaki zahlte.

Durch die bisherige Haltung der Geber sind die Korruption und die schlechte Regierungsführung der kenianischen Regierung noch verstärkt worden. Die Mittel der Geber erreichen nicht diejenigen, die sie am meisten brauchen. Selbst unter den Kenianern wächst die Ansicht, dass man auf die bilaterale Hilfe diesmal verzichten sollte.

Forderungen

Deutlich wird angesichts der verschiedenen Ursachen der Katastrophe vor allem eins: Sie wäre wie viele andere Katastrophen in Kenia vermeidbar gewesen und ist im Wesentlichen auf soziale und politische Faktoren

zurückzuführen. Mit den richtigen Instrumenten und Maßnahmen ließen sich die verheerenden Folgen der immer häufiger auftretenden Dürren verhindern.

Es lassen sich daher die folgenden Forderungen an die deutsche Bundesregierung und internationale Geber ableiten:

- Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Bauern langfristig auf die Dürreperioden vorzubereiten und sie bei ihrer Bewältigung zu unterstützen, etwa durch die Einführung von dürreresistenten Getreidesorten.
- Statt nur in kurzfristige Nothilfeprojekte zu investieren, sollte die Bundesregierung stärker auf nachhaltige ländliche Entwicklung in Kenia setzen und zwar auch jenseits der kenianischen Hohertragsgebiete.
- Politische und pragmatische Gründe dürfen genau so wenig wie die Verpflichtungen aus der Paris Agenda zu einer leichtfertigen Vergabe von Entwicklungshilfegeldern an korrupte Regime führen.
- Aufgrund der hohen Korruption der kenianischen Regierung sollten die verfügbaren Mittel insbesondere über die Zivilgesellschaft abgewickelt werden. Viele NRO arbeiten seit Jahrzehnten in Kenia und haben verlässliche lokale Partner.

- Die kenianische Regierung sollte weiterhin mit diplomatischen Mitteln unter Druck gesetzt werden, die Korruption im Land effektiver zu bekämpfen.

Die kenianische Regierung sollte:

- endlich ernst machen mit der Korruptionsbekämpfung und die entsprechenden Kommissionen (PAC und KACC) mit Befugnissen ausstatten, die es erlauben korrupte Politiker und Unternehmer zur Rechenschaft zu ziehen.
- das Recht auf Nahrung jedes Bürgers anerkennen und gemäß der freiwilligen Richtlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung (FAO 2004) Gewährleistungsgarantien zur Durchsetzung dieses Rechts in die Gesetzgebung aufnehmen.
- Verantwortung übernehmen für die unzureichende Ernährungssicherungspolitik auf nationaler Ebene und vielversprechende Politikansätze wie die „DRAFT ASAL Development Policy“ zur Entwicklung des ariden und semi-ariden Landes in Kenia im Parlament absegnen und anschließend konsequent durchsetzen.

Autorin

Katrin Radtke
Referentin Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str.1
D-53173 Bonn
Phone: +49-228-2288-112
Fax: +49-228-2288-188
E-mail: katrin.radtke@welthungerhilfe.de



Sparkasse KölnBonn
Konto 1115
BLZ 370 501 98